

SHORT NEWS

Expulsions : Continuer l'école ? On s'en fout !

(da) - La famille de demandeurs d'asile de Hobscheid dont nous avons parlé la semaine passée (woxx 1326) sera très probablement expulsée bientôt. Une pétition en ligne - qui a, pour l'instant, recueilli près de 500 signatures -, une page Facebook, une entrevue du curé de Hobscheid avec Jean Asselborn, l'engagement d'une partie du corps enseignant et de bon nombre d'habitants de la commune n'auront servi à rien. Devant les caméras de RTL, le ministre Asselborn a déclaré avoir les mains liées. Le Kosovo - d'où vient la famille - serait un pays sûr et la famille aurait dû être expulsée depuis longtemps, a-t-il expliqué. Si elle est encore au Luxembourg, ce serait dû uniquement à la bonne volonté de son ministère, qui aurait voulu laisser la chance aux deux enfants de finir leur année scolaire. Autoriser la famille à rester au Luxembourg créerait un précédent dont d'autres pourraient se prévaloir, a-t-il continué. Une fois de retour dans leur pays d'origine, ils pourront bien sûr faire une demande pour pouvoir venir travailler au Luxembourg. Et puis tant pis pour la scolarité des gosses, dont le plus âgé devra probablement abandonner l'idée de poursuivre l'école, une fois de retour au Kosovo !

Le Casino lance un appel aux dons

(lc) - Gageons que cette conférence de presse sera aussi boudée par Maggy Nagel, puisque l'une ou l'autre pique contre les économies sur le dos de la culture qu'elle a ordonnées pourrait tomber. En effet, ce vendredi matin, le Casino - Forum d'art contemporain va lancer un appel aux dons dans le but de financer une partie des travaux de réfection pour son 20e anniversaire, lequel sera fêté en 2016. Pour ce faire, l'institution fermera ses portes à partir de la mi-janvier, et cela pour une durée de onze semaines. Les travaux à effectuer porteront d'une part sur une mise à niveau de l'accès aux personnes à mobilité réduite, et d'autre part sur des opérations de revalorisation du patrimoine - concernant les salons Saint-Hubert au rez-de-chaussée - et de réaménagement de l'accueil. Ce dernier sera désormais possible des deux côtés du bâtiment et comportera également un espace dédié à l'art vidéo. Pour couronner le tout, des commandes ont été passées aux artistes Claudia Passeri et Paul Kirps. Mais le renouvellement planifié, pas si mégalomane que ça après tout, ne sera pas entièrement pris en charge par les ministères concernés. Ce qui force la direction du Forum d'art contemporain à faire la manche - une belle expérience de plus, quoi...

Alles Grüne kommt von unten!

(lm) - In Sachen Klimaschutz nicht auf die Politik zu warten, sondern im Hier und Jetzt CO2-mindernde Projekte in Angriff zu nehmen, ist keine neue Idee. Weil beim Pariser Gipfel Ende des Jahres wohl bestenfalls ein fauler Kompromiss zustande kommt, ist lokales Handeln wichtiger denn je. In Luxemburg haben sich unter Mitwirkung der NGO-Plattform „Votum Klima“ 13 Gemeinden zusammengeschlossen, um die Nutzung der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Bei der Vorstellung des Projekts „Eis Gemeng beSONNeg gutt“ am Donnerstag im Boulodrome national in Beles wurde klar, dass nicht nur mangelnde internationale Entschlussfähigkeit der Klimarettung im Wege steht. Das Dach des besagten Sportzentrums ist nämlich nur zum Teil mit Solarpaneln ausgestattet worden - weil vom günstigen Stromeinspeisetarif nur Anlagen mit einer Leistung von maximal 30 Kilowatt-Peak profitieren können. Die beteiligten Gemeinden fordern von der Regierung, diese Begrenzung aufzuheben. Und jede einzelne verpflichtet sich, in diesem Fall mindestens eine zusätzliche Photovoltaik-Großanlage zu errichten. Derzeit gehört Luxemburg, das im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft in Paris mitverhandelt, „zu den Schlusslichtern in puncto erneuerbare Energien“ - was dem Energieminister und Vizepremier eigentlich nicht gefallen kann. Herr Schneider, übernehmen Sie!

AKTUELL

OGBL

Pfoten weg!

David Angel

André Roeltgen nahm eine Sitzung des OGBL-Nationalvorstands zum Anlass, Stellung zur Griechenlandkrise, aber auch zu den Empfehlungen der EU-Kommission und zur anstehenden Steuerreform zu beziehen.

Erstes und aktualitätsbedingt wohl wichtigstes Thema der Pressekonferenz: die Griechenland-Krise. „Die Politik der Troika und der europäischen Staats- und Regierungschefs hat in Griechenland zu einem sozialen und wirtschaftlichen Desaster geführt“, betonte André Roeltgen. Die Griechen erlebten eine Situation von sozialer Misere und massiver Arbeitslosigkeit. Die Renten seien im Durchschnitt um 45 Prozent geschrumpft, der Kaufkraftverlust betrage 30 Prozent. Zweieinhalb Millionen Griechen verfügten nicht über eine Krankenversicherung. „Die Politik, die Griechenland aufgezungen wurde, ist gescheitert“, so Roeltgen. Die Verantwortung dafür liege aber nicht bei den Griechen, sondern bei der Troika und bei den Staats- und Regierungschefs.

Zum zweiten Mal sei eine griechische Regierung demokratisch legitimiert worden, das Land aus der Krise zu führen, unterstrich André Roeltgen. Genau wie der Europäische Gewerkschaftsbund fordere der OGBL deshalb, neben dem Verbleib des Landes in der Eurozone, eine Lösung, die drei grundlegende Elemente beinhaltet: einen Schuldenschnitt, eine kurzfristige Verbesserung der sozialen Situation sowie den Wiederaufbau der Wirtschaft. „Eine politische Lösung muss her, keine technische“, forderte der Präsident mit Nachdruck.

„Eng vernetzt“ mit dem Thema Griechenland, so Roeltgen weiter, sei auch die allgemeine Einschätzung des OGBL von der wirtschaftlichen Situation Luxemburgs. Einerseits sei begrüßenswert, dass in einem Kontext, in dem das Wirtschaftswachstum in Europa eher mäßig ausfällt, man in Luxemburg mit einem Wachstum von um die drei Prozent rechnen kann. Andererseits müsse hervorgehoben werden, dass auch in den nächsten Jahren mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie einer Stagnation der Reallöhne zu rechnen ist. Der „Zukunftspak“ der Regierung solle nicht nur für Einsparungen, sondern habe auch einen nicht unerheblichen - negativen - Impakt auf die

wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs, so Roeltgen.

Hart ins Gericht ging der OGBL-Präsident mit der europäischen Kommission, die im Mai ihre Empfehlungen für Luxemburg präsentiert hatte. Nämlich die drei folgenden: eine Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage, „insbesondere im Hinblick auf die Verbrauchssteuern, die periodischen Immobiliensteuern und die Umweltsteuern“; die Einschränkung von Vorruhestandsregelungen und die Anpassung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung; eine stärkere Anpassung der Löhne an die Produktivitätsentwicklungen.

Kein Grund für Empfehlungen

„Die EU-Kommission hätte besser daran getan, gar keine Empfehlungen für Luxemburg abzugeben“ gab sich André Roeltgen kompromisslos. Luxemburg weise weder ein exzessives Defizit noch ein makroökonomisches Ungleichgewicht auf. „Pfoten weg von unserem Rentensystem!“ warnte der OGBL-Präsident. „Wir hoffen, dass der Euro so nachhaltig ist wie unser öffentliches Rentensystem hier in Luxemburg.“ Auch die Regierung könne - nach der Rentenreform von 2013 - nicht recht den Sinn der Empfehlung zum luxemburgischen Rentensystem erkennen.

Auch bei der Empfehlung zu den Löhnen gibt es seitens der größten Gewerkschaft im Land ein „Njet!“. Man habe mit dem Index in Luxemburg das perfekte System, um in einzelnen Sektoren an die Produktivität angepasste Löhne auszuhandeln. „Pfoten weg!“ hieß es am Ende auch bei der dritten Empfehlung der Kommission, derjenigen, die die Steuerbemessungsgrundlage ins Visier nimmt.

„Wenn die Kommission Empfehlungen machen will, dann sollte sie sich lieber zu realen Problemen äußern: Zu Ungleichheiten, Arbeitslosigkeit und Armut zum Beispiel“ verlangte Roeltgen.

In Bezug auf die anstehende Debatte zur Steuerreform forderte der OGBL-Präsident dann auch, steuerliche Ungleichheiten, etwa zwischen der Steuerlast der Haushalte und jener der Betriebe, zu beheben. Man werde nur eine Steuerreform mittragen, die eine steuerliche Entlastung für die Unter- und Mittelschicht bewirkt.